

# Pressemitteilungen

Unistreik International c/o AStA FU  
Referat Internationalismus  
Otto-von-Simson-Str. 23  
14195 Berlin - Dahlem

[unistreik-international@no-log.org](mailto:unistreik-international@no-log.org)  
[www.unistreik.does.it](http://www.unistreik.does.it)

Ressort: Bildung / Ausland

**Berlin, 20.05.2007**

## **Bildungsstreik in Griechenland – Deutscher Unterstützer eines Solidaritätskonzertes seit drei Monaten in griechischer Untersuchungshaft**

### **Willkürliche Verlegung in das Untersuchungshaft-Gefängnis Diavata in Thessaloniki**

Der Berliner Timo B. wurde am 21. Februar 2007 nach einem Solidaritätskonzert für die Studierendenproteste an der seit Monaten besetzten Aristoteles Universität in Thessaloniki verhaftet. Seither war er in einem Untersuchungsgefängnis in Komotini inhaftiert. Am Morgen des 11. Mai 2007, zweieinhalb Monate nach seiner Inhaftierung, wurde er mit drei weiteren Häftlingen aus Komotini in ein Auffang-(Transit) Gefängnis in Thessaloniki verbracht. Erst am folgenden Tag, nach 48 Stunden Dauereinschluss, kam er im Hochsicherheitsgefängnis „Diavata“ an. Die Verlegung erfolgte ohne vorherige Informationen, ohne Benachrichtigung seines Anwalts und ohne Begründung. Erst durch eine Anfrage des Anwalts an das Generalkonsulat von Thessaloniki konnte die Verlegung bestätigt werden. Als Grund wurde die angebliche Überbelegung in der Haftanstalt Komotini angegeben.

### **Der Tatvorwurf**

Timo B. wird vorgeworfen, sich am 21. Februar 2007 im Anschluss eines studentisch organisierten Konzertes in der Aristoteles Universität an gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei beteiligt zu haben. Der Tatvorwurf beruht ausschließlich auf den Aussagen von zwei griechischen Polizeibeamten. Weitere Beweise liegen nicht vor. Timo B. beteuert seine Unschuld und verweist auf die Aussagen von Studierenden, denen er beim Abbau der Anlage nach dem Konzert geholfen hat. So bestätigt eine Zeugin, die ihn auf dem Konzert kennen gelernt hat, dass Timo B. an dem Abend mit dem Aufräumen der Geräte der Musikanlage beschäftigt war und erst durch einen Tränengaseinsatz der Polizei das Gelände der Universität verlassen und das Freie aufsuchen musste. Diese Darstellung der Zeugin entspricht der Aussage von Timo B., die er bereits (bei dem 1. Haftprüfungstermin) vor der Ermittlungsrichterin gemacht hatte.

Beide Aussagen bestätigen den bisherigen Eindruck, wonach Timo B. als Unbeteiligter in die Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei auf und vor dem Universitätsgelände in Thessaloniki geraten ist und einer bei seiner Verhaftung offensichtlich einer Verwechslung zum Opfer fiel.

### **Die Haftbedingungen**

In Komotini musste sich Timo B. eine Blockzelle mit 17 weiteren Insassen teilen, die sich im Laufe seines Aufenthalts auf bis zu 25 steigerten. Die Zelle von ca. 30 qm Größe war mit Doppelstockbetten ausgestattet. Aus Platzgründen waren kaum Tische und Stühle vorhanden. Den Besuch seiner Eltern erlebte er ausschließlich durch eine Trennscheibe mit Telefonhörer-Verbindung.

Seit seiner Verlegung in das Hochsicherheitsgefängnis Diavata in Thessaloniki haben sich die Haftbedingungen noch erheblich verschärft. Aus seinem persönlichen Besitz wurde ihm ausschließlich seine Kleidung belassen. Jegliche Bücher, Zeitschriften, Briefe und Bilder, die er in Komotini empfangen durfte, wurden beschlagnahmt. Nur durch das Engagement des deutschen Generalkonsuls in Thessaloniki bekam er vier seiner Bücher nachträglich ausgehändigt.

Die Haftbedingungen in Diavata sind von andauernden Schikanen durch die Vollzugsbeamten gekennzeichnet. So ist Timo B. sogar der Kontakt zu seinem Anwalt nur durch eine Trennscheibe hindurch möglich. Zudem ist er gefängnisinternen Hierarchien ausgeliefert, die ihm bspw. den telefonischen Kontakt zu seinen Angehörigen von der gemeinschaftlichen Telefonzelle der Anstalt nahezu unmöglich machen. Post wird ihm bislang nur mit erheblicher Verzögerung ausgehändigt. Wegen der Sprach- und Verständigungsprobleme wird ihm die Bestellung von Gegenständen für den alltäglichen Gebrauch erheblich erschwert.

Timo B. hat durch seinen griechischen Anwalt Charilaos Ladis einen Haftprüfungsantrag stellen lassen. In den nächsten drei Wochen ist darüber zu entscheiden, ob er aus der Untersuchungshaft entlassen wird.

### **Unterstützung**

In Thessaloniki und Berlin gab es in den letzten Monaten mehrere Solidaritätsaktionen, um auf die unrechtmäßige Inhaftierung von Timo B. aufmerksam zu machen und seine Freilassung zu erwirken. Diese sind auf der Internetseite <http://unistreik.does.it> nachzulesen.

Timo B. wird durch den griechischen Anwalt Charilaos Ladis vertreten. Im Mai wurde der Berliner Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck beratend hinzugezogen. Seine juristische Einschätzung ist unter <http://two.xthost.info/unistreik/220507kaleck.htm> nachzulesen.

Wolfgang Kaleck, Vorsitzender des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV), hat bereits mehrfach im Ausland inhaftierte Teilnehmer von Demonstrationen vertreten. So konnte bspw. durch seine Unterstützungsarbeit die Freilassung von René K. aus der polnischen Untersuchungshaft erwirkt werden. Er hatte als deutschen Besucher am Warschauer CSD im Jahr 2006 teilgenommen.

Auch die Deutsche Botschaft in Athen und das Generalkonsulat Thessaloniki setzen sich nach Kräften für die Freilassung von Timo B. ein. Sie stehen mit dem Inhaftierten selbst, seinen Eltern und seinen Anwälten in ständigem Kontakt und versuchen durch Besuche und Petitionen seine Freilassung zu erwirken.

### **Forderung der Soli-Gruppe**

Die Solidaritätsgruppe „Unistreik International“ fordert die sofortige Freilassung von Timo B. Er ist aufgrund einer Verwechslung rechtswidrig inhaftiert. Angesichts seiner sozialen und familiären Einbindung, der Tatsache, dass Timo B. bisher nicht straffällig in Erscheinung getreten ist, und der von seinen Eltern angebotenen Kautions ist die Fortsetzung der Untersuchungshaft juristisch nicht haltbar. Wir verurteilen die Kriminalisierung des studentischen Protestes gegen den international fortschreitenden Bildungsabbau und erklären uns mit den Opfern der staatlichen Repression gegen den internationalen studentischen Protest solidarisch.

Für Nachfragen stehen sowohl der griechische Anwalt Charilaos Ladis, 26. Oktovriou Str. 6, GR-54627 Thessaloniki, als auch Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck, Immanuelkirchstraße 3-4, 10405 Berlin, Tel.: 030/ 446 792 18, <http://www.diefirma.net>, zur Verfügung.

Unistreik International c/o AStA FU  
Referat Internationalismus  
Otto-von-Simson-Str. 23  
14195 Berlin - Dahlem

[unistreik-international@no-log.org](mailto:unistreik-international@no-log.org)  
[www.unistreik.does.it](http://www.unistreik.does.it)

Ressort: Bildung / Ausland

**Berlin, 20.03.2007**

## **Bildungsstreik - Deutscher Unterstützer in Griechenland seit einem Monat in Haft - Berliner nach Studierendenprotesten weiterhin inhaftiert**

Am 20. Februar 2007 fand an der seit Monaten besetzten Universität in Thessaloniki ein großes studentisch organisiertes Konzert statt. Nachdem das Konzert beendet war, kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, da diese den Platz räumen wollte. Ein Berliner, der beim Abbau des Konzertes half, wurde am späten Abend von der Polizei brutal festgenommen, weil er sich angeblich an den Protesten gegen den Polizeieinsatz beteiligt haben soll.

Beweise dafür gibt es keine. Lediglich Polizeizeugen geben an, ihn gesehen zu haben. Auch bei einem Haftprüfungstermin konnten vor einem großen UnterstützerInnenpublikum keine weiteren Beweise geliefert werden. Seit dem 24. Februar ist der nicht vorbestrafte Berliner im Untersuchungsgefängnis Komotini nahe der türkischen Grenze und kann dort zunächst bis zu 18 Monate von der griechischen Justiz ohne Prozess festgehalten werden.

Die Studierendenproteste in Griechenland halten seit dem Sommer 2006 unvermindert an. Hintergrund ist das Vorhaben der Regierung den Artikel 16 der griechischen Verfassung aufzuheben. Er garantiert das Recht auf freie, öffentliche Bildung für alle griechischen BürgerInnen - er garantiert auch, dass das Bildungssystem in Händen des Staates liegen muss. Die Abstimmung im griechischen Parlament hat am 8. März nun die Abschaffung des Artikels 16 beschlossen. Diese Entscheidung wurde gefällt, da der Artikel 16 ökonomischen Interessen im Weg stand, die eine Privatisierung der Bildung anstreben. Die Privatisierung der Bildung wurde von der EU in den Vereinbarungen von Essen, Bologna und Lissabon beschlossen.

Der inhaftierte Berliner ist selbstständiger KFZ-Mechaniker und unterstützt mit seinem Wissen selbstorganisierte studentische Initiativen im Umfeld des Allgemeinen Studierenden Ausschuss der Freien Universität Berlin. Er soll nun, wie viele andere vor ihm, für die breiten Bildungsproteste individuell abgestraft werden.

Die europaweite Einführung von Studiengebühren und Eliteuniversitäten erfordert eine gemeinsame Antwort europäischer Studierender. Personen, die sich an den Bildungsprotesten in anderen Ländern beteiligen, streiten deswegen auch für die Rechte Deutscher Studierender. Diesen Ansatz verfolgt die Gruppe Unistreib International und setzt sich für mehr internationale Verständigung unter hochschulpolitisch engagierten Initiativen ein.

Für weitere Recherchen steht der Anwalt des Inhaftierten: Charilaos Ladis, 26. Oktovriou Str. 6, GR-54627 Thessaloniki, zur Verfügung.

Ein Spendenkonto zur Unterstützung des aktuellen Falls und seiner Angehörigen ist bereits eingerichtet. Kontoinhaber: Behrendt / Konto: 26 23 75 43 4 / BLZ: 360 100 43 Postbank

## **Medienberichte zu Timo B.**

[23.02.2007 Rheinische Post](#)  
[Griechische Polizei nimmt Berliner fest](#)

Thessaloniki (RPO). Wegen Beteiligung an Studentenprotesten im nordgriechischen Thessaloniki ist ein Berliner Automechaniker am Donnerstag festgenommen worden.

Der 31-jährige Deutsche sei in Untersuchungshaft, weil er sich an Auseinandersetzungen zwischen Studenten und Polizei beteiligt habe, wurde am Freitag aus Justizkreisen bekannt.

Nachdem er Polizisten mit einem Brandsatz beworfen habe, sei er wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt sowie wegen Verwendung eines Brandsatzes festgenommen worden.

Der Beschuldigte bestritt die Vorwürfe den Informationen zufolge. Er sei in Thessaloniki zu Besuch bei einem griechischen Freund und sei auf dem Universitätsgelände gewesen, um zu einem Konzert im Rahmen der Studentenproteste zu gehen.

Die Ausschreitungen am Mittwoch hatten den Verkehr in der Innenstadt von Thessaloniki zum Erliegen gebracht. Zwischen Polizei und Studenten kam es in den vergangenen Wochen wiederholt zu Auseinandersetzungen, nachdem die griechische Regierung im Januar eine Studienreform angekündigt hatte. Die Pläne sehen unter anderem die Einrichtung von Privatuniversitäten vor.

<http://www.rp-online.de/public/article/aktuelles/panorama/ausland/katastrophe/410729>

-----

*15.03.2007 Tagesspiegel*  
[Berliner in Griechenland festgenommen](#)

Berlin - Ein Automechaniker aus Friedrichshain sitzt derzeit in Griechenland in Untersuchungshaft. Der Vorwurf gegen den 31-Jährigen wiegt schwer: In Thessaloniki soll er bei Studentenprotesten Polizisten angegriffen haben, berichtete die Berliner Verlobte. Eine Sprecherin der griechischen Botschaft hat die Festnahme bestätigt; zu den Gründen wollte sie sich allerdings nicht äußern.

Die Verlobte schildert den Fall so: Ursprünglich habe ihr Freund in Griechenland Urlaub machen wollen. Spontan sei er am 20. Februar zu einem Konzert nach Thessaloniki gefahren, das dort an der Universität stattfand. Die Hochschule ist seit Monaten von linken Studenten besetzt. Als die Polizei das Areal räumen wollte, sei es zu Auseinandersetzungen gekommen. Die Polizei habe den Berliner beschuldigt, Brandsätze geworfen zu haben. Vertreter des Allgemeinen Studentenausschusses der Alice-Salomon-Fachhochschule in Hellersdorf fordern nun die Freilassung des Gefangenen. Andere Studentenorganisation wollen sich der Forderung anschließen.

In Griechenland protestieren seit Sommer vergangenen Jahres zehntausende Studierende gegen Gesetzespläne der Regierung, die das Recht auf freie Bildung kippen will. In den vergangenen Wochen wurde deshalb knapp die Hälfte der Universitäten im Land zeitweise besetzt. hah

<http://www.tagesspiegel.de/brandenburg/archiv/15.03.2007/3140480.asp>

----

*25.03.2007 Akademiker-Zeitung Blog*  
[Studentenrevolte in Griechenland: Berliner inhaftiert](#)

Obwohl seit Monaten in Griechenland Studierende, Gewerkschaften und weitere politisch Aktive vehement gegen eine geplante Hochschulreform kämpfen, war in den Medien in Deutschland von diesen Protesten nur spärlich etwas wahrzunehmen. Seit Juni 2006 protestieren wöchentlich Zehntausende mit zunehmender Härte gegen die Abschaffung des Artikel 16 der griechischen Verfassung. Nahezu alle universitären Einrichtungen sind besetzt und werden bestreikt. Nachdem das Parlament am 8. März die Reform beschloss und damit den Weg für Studiengebühren und Privatunis freimachte, brachen landesweite Tumulte aus. Etliche Haftbefehle wurden ausgesprochen. Seit Mitte Februar 2007 sitzt auch ein Berliner in Griechenland in Haft, der die Protestler an der besetzten Aristoteles-Universität in Thessaloniki bei ihrem Streik unterstützte. Der KFZ-Mechaniker half bei einem studentisch organisierten Konzert, welches von der Polizei aufgelöst wurde. Er soll sich gegen die Maßnahmen der Polizei gewehrt haben.

Die Gruppe Unistreik International möchte sich mit den Protestierenden solidarisch zeigen und sucht nun im Internet Unterstützung, um dem inhaftierten Berliner zu helfen. Auf ihrer Informationsseite <http://unistreik.does.it> möchte die Gruppe über die gegenwärtige Situation des Inhaftierten informieren und auf die Anliegen der griechischen Studierenden aufmerksam machen.

[http://www.akademikerzeitung.ch/component/option,com\\_jd-wp/p,375/](http://www.akademikerzeitung.ch/component/option,com_jd-wp/p,375/)

-----

## **Statements zu Timo B.**

Evrin Baba (Mda Berlin)

[http://www.evrimbaba.de/article/190.Student\\_innenproteste%20in%20Griechenland%20-%20Berliner%20verhaftet.html](http://www.evrimbaba.de/article/190.Student_innenproteste%20in%20Griechenland%20-%20Berliner%20verhaftet.html)

28.03.2007

## StudentInnenproteste in Griechenland - Berliner verhaftet



Seit Juni 2006 protestieren wöchentlich Zehntausende mit zunehmender Härte gegen die Abschaffung des Artikel 16 der griechischen Verfassung. Nahezu alle universitären Einrichtungen sind besetzt und werden bestreikt. Nachdem das Parlament am 8. März die Reform beschloss und damit den Weg für Studiengebühren und Privatunis freimachte, brachen landesweite Proteste aus. Seit Mitte Februar 2007 sitzt ein Berliner in Griechenland in Haft, der die Proteste an der besetzten Aristoteles-Universität in Thessaloniki unterstützte. Er half bei einem studentisch organisierten Konzert, welches von der Polizei aufgelöst wurde. Dabei soll er sich gegen die Maßnahmen der Polizei gewehrt haben. Die Gruppe Unistreik International möchte sich mit den Protestierenden solidarisch zeigen und sucht nun im Internet Unterstützung, um dem inhaftierten Berliner zu helfen.

Allgemeiner Studierenden Ausschuss an der Freien Universität Berlin  
[http://www.astafu.de/aktuelles/archiv/a\\_2007/presse\\_03-25](http://www.astafu.de/aktuelles/archiv/a_2007/presse_03-25)  
(Wortlaut Pressemitteilung Unistreik International vom 20.03.2007)

Allgem. Studierendenausschuss und Studierendenparlament der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin > siehe Anhang (Datei: Studi-Brief.doc)  
AStA/StuPa der ASFH, Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin

Berliner Bündnis für Freie Bildung - gegen Studiengebühren  
<http://www.freie-bildung-berlin.de/?p=134> (Wortlaut Website von Unistreik International)

## Publikationen von Unistreik International

Erster Flyer März 2007 (Datei: [http://two.xthost.info/unistreik/downloads/flyer\\_0307.pdf](http://two.xthost.info/unistreik/downloads/flyer_0307.pdf)  
und [http://two.xthost.info/unistreik/downloads/info\\_0307.pdf](http://two.xthost.info/unistreik/downloads/info_0307.pdf))

Zweiter Flyer April 2007 > siehe Anhang (Datei: Flyer\_farbig.pdf)

Websitetext auf <http://unistreik.does.it>

Deutscher Bildungsstreik-Unterstützer in Griechenland in Haft

obwohl seit einigen Monaten in Griechenland StudentInnen, Gewerkschaften und weitere politisch Aktive vehement gegen eine geplante Hochschulreform kämpfen, war in den Medien in Deutschland von diesen Protesten nur spärlich etwas wahrzunehmen. Tatsächlich sitzt nun seit einem Monat ein Berliner in Griechenland in Haft, der die ProtestlerInnen bei ihrem Streik unterstützte. Zunächst einmal einige Fakten zu dem Fall.

Was passierte...

Am 20. Februar 2007 fand an der seit Monaten besetzten Universität in Thessaloniki ein großes studentisch organisiertes Konzert statt. Nachdem das Konzert beendet war, kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, da diese den Platz räumen wollte. Ein Berliner, der beim Abbau des Konzertes half, wurde am späten Abend von der Polizei brutal festgenommen, weil er sich angeblich an den Protesten gegen den Polizeieinsatz beteiligt haben soll. Beweise dafür gibt es keine. Lediglich Polizeizeugen geben an, ihn gesehen zu haben. Auch bei einem Haftprüfungstermin konnten vor einem großen UnterstützerInnenpublikum keine weiteren Beweise geliefert werden. Seit dem 24. Februar ist der nicht-vorbestrafte Berliner in einem Untersuchungsgefängnis nahe der türkischen Grenze und kann dort zunächst bis zu 18 Monate von der griechischen Justiz ohne Prozess festgehalten werden.

Zu den Protesten - Bildung ist eine Ware!?

Anlass der heftigsten studentischen Porteste seit über zehn Jahren ist das Vorhaben einiger Regierungsteile den Artikel 16 der griechischen Verfassung aufzuheben. Dieser Artikel garantiert das Recht auf freie, öffentliche Bildung für alle griechischen BürgerInnen. Außerdem schreibt er der Universität einen wesentlichen Bestandteil im politischen Meinungsbildungsprozess zu und garantiert Polizeifreie Räumlichkeiten.

Die Abstimmung im griechischen Parlament hat am 8. März die Reform des Hochschulrahmengesetzes beschlossen. Dieses sieht die Einführung von "Hochschulmanagern" vor, die zur Kontrolle der Institute und Studierenden eingesetzt werden. Außerdem wird die maximale Studienzeit auf das doppelte der Regelstudienzeit festgeschrieben. Die Abschaffung des Artikels 16 wurde aufgrund des starken Protests vertagt.

Der Artikel 16 steht ökonomischen Interessen im Weg, die eine Privatisierung der Bildung anstreben. Die Privatisierung der Bildung wurde von der EU in den Vereinbarungen von Essen, Bologna und Lissabon beschlossen.

Die Anforderungen des Bolognaprozesses, sind die Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums und mehr Wettbewerb unter den Hochschulen.

Ergebnis dieser Reform ist nicht nur, dass Studium und Bildungsmaterialien wie Lehrbücher in Zukunft etwas kosten sollen, ferner soll die Anzahl der Erstzulassungen drastisch reduziert werden. Teile der Regierung halten diese Reform für verfassungswidrig. Mit der Umsetzung dieser Reform soll bereits im nächsten Jahr 2008 begonnen werden.

Bereits einmal wurde eine solche Initiative zur Reformierung des Hochschulgesetzes gestartet, wurde jedoch aufgrund anhaltender Proteste zurückgestellt. Beim zweiten Anlauf wurde nun die Entscheidung teilweise durchgedrückt, obwohl bei deren Abstimmung lediglich die Regierungspartei anwesend war, da sich der Rest des Parlamentes aus Protest aus dem Saal entfernte.

Der Berliner unterstütze die Anliegen der StudentInnen.

Der inhaftierte Berliner ist selbstständiger KFZ-Mechaniker und unterstützt mit seinem Wissen selbstorganisierte studentische Initiativen im Umfeld des Allgemeinen Studierenden Ausschuss der Freien Universität Berlin. Er soll nun, wie viele andere vor ihm, für die breiten Bildungsproteste individuell abgestraft werden.

Die europaweite Einführung von Studiengebühren und Eliteuniversitäten erfordert eine gemeinsame Antwort europäischer Studierender. Personen, die sich an den Bildungsprotesten in anderen Ländern beteiligen, streiten deswegen auch für die Rechte Deutscher Studierender. Diesen Ansatz verfolgt die Gruppe Unistreib International und setzt sich für mehr internationale Verständigung unter hochschulpolitisch engagierten Initiativen ein.

Wir bitten euch darum uns in unserem Engagement zu unterstützen und dem Inhaftierten Berliner zu helfen. Bitte erzeugt Öffentlichkeit, damit die Proteste und der Inhaftierte auch in Deutschland eine Stimme verliehen bekommen.

Protestbriefe (Deutsch: [http://two.xthost.info/unistreib/downloads/protestbrief\\_de.pdf](http://two.xthost.info/unistreib/downloads/protestbrief_de.pdf);

Englisch: [http://two.xthost.info/unistreib/downloads/protestbrief\\_en.pdf](http://two.xthost.info/unistreib/downloads/protestbrief_en.pdf)

Siehe Anhang

# Medienberichte zur allgemeinen Situation in Griechenland

18.04.2007 Junge Welt Beilage  
Gemeinsam gegen »Bildungsreform«

Seit einem Jahr kämpfen in Griechenland Lehrende und Lernende gegen einen Umbau des Hochschulsystems nach EU-Muster  
Heike Schrader, Athen

In einem sind sich alle einig: Mit der griechischen Hochschulbildung steht es nicht zum Besten. Doch hier hören die Gemeinsamkeiten auch schon auf. Regierung und große Teile der sozialdemokratischen Opposition propagieren ein Hochschulmanagement nach marktwirtschaftlichen Kriterien und einen »gesunden Wettbewerb« mittels der Einführung privater Universitäten. Ein Großteil der Professoren und die überwältigende Mehrheit der Studierenden dagegen fordern eine Anhebung des Bildungsetats um knapp zwei auf fünf Prozent des Bruttosozialprodukts bei gleichzeitigem Erhalt des staatlichen Bildungsmonopols, wie es die Regierung im Wahlkampf 2004 versprochen hatte.

Seit einem Jahr toben in Griechenland erbitterte Auseinandersetzungen über die Zukunft der Hochschulen. Schon im Frühjahr 2006 hatte die regierende Nea Dimokratia alle Oppositionsparteien zum »Dialog« über eine »Bildungsreform« aufgerufen. Die Geladenen verließen jedoch nach und nach den Verhandlungstisch, als deutlich wurde, dass es der Regierung weniger um einen Kompromiss als ums Durchpeitschen eines neuen Hochschulrahmengesetzes nach neoliberalen EU-Muster ging. Als dieses Gesetz dann im Juni vorgestellt wurde, reagierten Lehrende und Lernende mit Protesten. Über Monate, bis zum Beginn der Semesterferien, blieben die Hochschulen geschlossen, weil die Professoren streikten und die Studierenden mehr als 1200 Hochschulinstitute besetzt hielten. Das ungeliebte Hochschulrahmengesetz verschwand erst einmal in der Schublade.

Auch die direkt nach den Semesterferien eingeleitete Änderung des Verfassungsartikels 16, in dem das staatliche Bildungsmonopol festgeschrieben ist, konnte vorläufig verhindert werden. Zwar hatte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Oppositionspartei PASOK, Georgios Papandreou, der regierenden Nea Dimokratia die Stimmen seiner Partei zugesichert. Auf Druck der Basis und vor allem des Jugendverbandes, der aktiv an den Hochschulprotesten beteiligt ist, zog sich jedoch die PASOK aus der Debatte um die Verfassungsänderung zurück, so daß die erforderlichen 180 von 300 Abgeordnetenstimmen im ersten Anlauf nicht zustande kamen.

Stattdessen brachte die Regierung nun erneut einen marginal geänderten Entwurf des Hochschulrahmengesetzes ins Parlament ein. Dieses Gesetz wurde im März mit den Stimmen der Regierungsmehrheit und gegen den Willen von PASOK, Linksallianz Synaspismos und Kommunistischer Partei verabschiedet. Zukünftig soll nun ein »Hochschulmanager« darüber wachen, dass die vom Gesetz vorgegebenen Leistungskriterien eingehalten werden, was zugleich über die Mittelvergabe entscheidet. Gleichzeitig soll durch eine Studienhöchstdauer von zweifacher Regelstudienzeit dem »ewigen Studenten« der Garaus gemacht werden.

Für die Studierenden gravierend ist die vorgesehene Einschränkung des Asyls auf »Räume, in denen geforscht oder gelehrt wird«, das bisher für das gesamte Hochschulgelände galt. So könnte die Polizei beispielsweise in Zukunft Besetzungen auf dem Campus oder in der Mensa auflösen. Nach dem neuen Gesetz entscheidet die Mehrheit des Hochschulpräsidiums darüber, ob den Repressionskräften ein Eindringen in die asylgeschützten Bereiche gestattet wird; die bisher notwendige – und nie erteilte – Zustimmung der Studierendenvertretung wäre damit hinfällig.

Für die Umsetzung der neuen Regelungen braucht es allerdings die Mitwirkung der Hochschulgremien, die beispielsweise für ihre Einrichtung festlegen sollen, welche Gebäude unter das Asyl fallen. Hier könnte das Werk noch zu Fall gebracht werden. Die Professorengewerkschaft verweigert die Zusammenarbeit, Streiks und Uni-Besetzungen gingen bis zu den Osterferien ungebrochen weiter. Trotz Prüfungsphase waren noch kurz vor Ostern etwa 200 Institute besetzt. Die seit einem Jahr andauernden wöchentlichen Demonstrationen in der Landeshauptstadt zählen weiterhin Tausende, oft sogar Zehntausende Teilnehmer. Professorengewerkschaft und

Studierendenverbände haben noch vor der Osterpause angekündigt, für eine kostenlose und qualitativ hochwertige Bildung in öffentlicher Hand weiterzukämpfen, bis die »Hochschulreform« der Regierung endgültig vom Tisch ist.

----

### [15.03.2007 Indymedia](#) [Bildungsproteste in Griechenland gehen weiter](#)

Am 8. März 2007 wurde über das neue Rahmengesetz für griechische Universitäten abgestimmt. Die Regierung hatte entschieden, trotz der öffentlichen Entrüstung den Prozess im Parlament zu beginnen. Studenten, Schüler, Lehrer und Wissenschaftler kämpfen seit Mai 2006 mit Besetzungen von Schulen und Fakultäten, Streiks und Demonstrationen gegen dieses Gesetz.

Vor Monaten hatte die griechische Regierung beschlossen 1. die Lehrmittelfreiheit an Unis wird abgeschafft und Studiengebühren eingeführt, 2. es darf nicht mehr beliebig lange studiert werden, sondern nach einer bestimmten Zeit erfolgt der Rauswurf, 3. das Asyl auf dem Unigelände wird abgeschafft, die Polizei darf die Unis betreten. Gegen diese Pläne gibt es jeden Donnerstag Demos, im wöchentlichen Wechsel im ganzen Land oder zentral in Athen.

Staatliche Medien berichteten, dass nur die Regierungspartei für das neue Gesetz stimmte, während der Rest nach der vorläufigen Abstimmung den Raum verließ. Zur gleichen Zeit demonstrierten 35.000 Studenten, Lehrer und Wissenschaftler in den Straßen Athens und umstellten das Parlament.

Die Demonstranten stießen vor dem Parlamentsgebäude mit der Polizei zusammen. Die Luft füllte sich mit Tränengas und zum ersten Mal wurden Gummigeschosse abgefeuert. Verwendet wurde offenbar Tränengas eines us-amerikanischen Herstellers aus Memphis, Tennessee. Die Demo wurde gewaltsam in mehrere Grüppchen gespalten und rund 100 Demonstranten wurden von der Polizei eingekesselt und verprügelt. Es folgten etliche Angriffe, um den Rest der Demo in kleinere Grüppchen zu spalten, wobei sogar die Lehrer geschlagen wurden. Die Demoteilnehmer mussten flüchten und sich in den umliegenden Häusern verstecken.

Berichte aus der Athener Polizeiwache sagen, dass alle 62 vorläufig festgenommenen Personen im Gefängnis bleiben werden. Die Häftlinge werden terrorisiert. Sogar Frauen im ersten Semester wurden für die Störung der öffentlichen Ordnung angeklagt. 45 Personen mussten mit Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Die Polizei und der Staatsanwalt sind sehr provokativ und gestatten den Verhafteten nicht, ihre Anwälte zu treffen. 5 verletzte Häftlinge, Studenten für Verfahrenstechnik, dürfen nicht ins Krankenhaus.

Solidemos fanden in Yanna, Patra und Syros statt [[athens.indymedia.org/front.php3?lang=en&article\\_id=670412](http://athens.indymedia.org/front.php3?lang=en&article_id=670412)]. Auch in der Innenstadt Thessalonikis brachen nach einer spontanen Solidaritätsdemo gegen die Repression in Athen Unruhen aus. Gerade sprüht die Polizei Tränengas und die Studenten in der Fakultät für Polytechnik leiden. Das Studentenradio 1431AM berichtet, dass überall in den Gängen Tränengas in der Luft liegt. Hunderte Studenten versuchen in Zimmer oder auf das Dach vor dem Gas zu flüchten. Ein Mann wurde durch einen Tränengaskanister der Polizei verletzt.

Berichterstatte des Studentenradios sagen, sie seien sich sicher, dass wir die ersten Folgen des neuen Gesetzes gesehen hätten, das ein Gefühl von Diktatur vermittelte.

Am Morgen des 10. März fanden in Athen Solikundgebungen vor dem Athener Polizeipräsidium und vor dem Gericht [[athens.indymedia.org/front.php3?lang=en&article\\_id=670402](http://athens.indymedia.org/front.php3?lang=en&article_id=670402)]. Die Angestellten des Roten Kreuzes zeigten sich erschrocken über die Verletzungen, die die Polizei TeilnehmerInnen der großen Demonstration zugefügt hatte. [1] Auch Mitarbeiter von Fernsehsendern reagierten und erklärten, sie wollen nicht mit der Polizei kooperieren, die sich um das Videomaterial der Sender von den auf die Polizeiangriffe folgenden Riots bemüht [2]. Journalisten äußerten sich in einer Erklärung ähnlich und zogen Parallelen zu Militärdiktatur in Griechenland [3]. In einer Reaktion meldeten sich ebenfalls

Auch wenn das Gesetz zur Hochschulreform am Donnerstag beschlossen wurde, deutet nichts darauf hin, dass die StudentInnen den Widerstand aufgeben. Als erste Reaktion auf den Polizeiangriff auf die Demo kam es in der Nacht zum letzten Freitag zu einem Angriff auf eine Polizeiwache Immer noch sind mehr als 290 Fakultäten besetzt.

Die jüngste Repression in Athen fand auch auf dem Land statt, wo es starke polizeiliche Repression auch in kleinen Städten gab. Tatsächlich waren nämlich die Hälfte der Verhafteten StudentInnen von ländlichen Unis. Deswegen fanden und finden überall in Griechenland Solidaritätsaktionen statt. Lokale StudentInnenversammlungen werden organisiert, um die Verhafteten zu unterstützen, um täglich Demos zu organisieren und um die lokale Bevölkerung über die Brutalität der die StudentInnen ausgesetzt sind aufzuklären.

### [1] Erklärung der Gewerkschaft des Roten Kreuzes

Wir verurteilen die ungeahnte Brutalität und Härte der Polizeiangriffe auf Studierende, Lehrer, Arbeiter und Jugendliche im Zuge der Protestdemonstration am 8. März. Diese Demonstration, die größte seit Jahren, wurde durch die Polizei und die Regierung ruiniert. Die angehenden Wissenschaftler werden von der Regierung und den Medien als Kriminelle dargestellt und das in einem Land, in dem es bekannt sein müsste, dass die demokratischen Rechte durch studentische Kämpfe errungen wurden. So versuchen Diejenigen, die die Leute auf die Straße treiben, Unterstützung durch die öffentliche Meinung zu bekommen, um ihre Verbrechen zu verdecken/verschleiern.

Weil unser Hospital Dienst hatte, waren wir alle Zeugen dieser tragischen und blutigen Attacke als mehr als 30 Menschen mit schweren Kopf- und Nackenverletzungen bei uns eingeliefert wurden. Die Art der Wunden und die Schwere der Prellungen/Quetschungen der Eingelieferten bewiesen, dass es sich um eine mörderischen und geplanten Angriff gegen Jeden handelt, der für sein Recht und für öffentliche und freie Bildung kämpft.

Die Eingelieferten befinden sich noch immer unter medizinischer Behandlung. Sieben verwundete Gefangene der Polizei wurden erst einige Stunden später in den frühen Morgenstunden des nächsten Tages zu uns gebracht und dann heimlich wieder ins Polizeipräsidium zurückgebracht. Wir sorgen uns um den Zustand dieser verwundeten Gefangenen. Wie werden in Zukunft unsere Reaktionen gegenüber den Mängeln des Gesundheitssystems sein? Haben wir erneute Prügelattacken gegenüber aufbegehrenden Krankenhäusern zu fürchten?

Wir fürchten, sind widerständig, wir kämpfen. Der Kampf ist noch nicht vorbei. Gegen die Gewalt der Macht werden wir auf unser Recht bestehen – an der Seite der Studenten, der Arbeiter und Jedem der kämpft.

administrative committee of the Union of Employees in the RED CROSS

[http://athens.indymedia.org/front.php3?lang=en&article\\_id=670375](http://athens.indymedia.org/front.php3?lang=en&article_id=670375)

### [2] Erklärung des Komitees des technischen Personals der Fernsehsender

Wir verurteilen die Versuche der Polizei und der Regierung Videomaterial von den Ausschreitungen für staatsanwaltliche Ermittlungen ausgehändigt zu bekommen. Die Regierung und der Staatsanwalt sollten wissen, dass das visuelle Material von den Ausschreitungen Eigentum der TV-Stationen und der Kameramänner sind. Die Arbeit des Kameramanns besteht darin, dem griechischen Volk Informationen bereit zu stellen indem sie das aktuelle Geschehen als Beobachter verfolgen und nicht als "Puppen" der Polizei und der Regierung. Wir werden keinem Versuch Mechanismen von Kontrolle und Macht zu installieren, welche versuchen unsere Arbeit zu beeinträchtigen, zustimmen. Wir fordern von den Managern der TV-Stationen dies nicht zu versuchen.

[http://athens.indymedia.org/front.php3?lang=en&article\\_id=670389](http://athens.indymedia.org/front.php3?lang=en&article_id=670389)

### [3] Erklärung der Athener Gewerkschaft der Journalisten

Die Gewerkschaft der Athener Journalisten ruft die Leiter und Inhaber der TV-Stationen mit dieser einstimmig verfassten Erklärung dazu auf den Anfragen der Sicherheitskräfte nicht zu entsprechen. Die Sicherheitskräfte wollen das Fernsehen damit von einer unvoreingenommenen und unabhängigen Nachrichtenquelle zu einem Auge des Big Brother machen, zu einem Arm der Sicherheitskräfte. Nicht mitzuarbeiten bei Praxen, die uns an alte Zeiten erinnert und die schon einmal in einen herben Bruch der menschlichen Freiheit und der Bürgerrechte geführt hat.

Lasst die Polizei anderswo nach den Anstiftern der Riots suchen. Den es wäre der Bankrott des Journalismus. Die Einmischung der Polizeibehörden, die mittels einer staatsanwaltschaftlichen

Anordnung versuchen an das Videomaterial von den Ausschreitungen während der Demonstration am 8. März im Zentrum Athens zu gelangen ist nicht akzeptierbar.

[http://athens.indymedia.org/front.php3?lang=en&article\\_id=670387](http://athens.indymedia.org/front.php3?lang=en&article_id=670387)

[4] <http://de.rian.ru/world/20070312/61860733.html>

Jungle World Artikel: <http://www.jungle-world.com/seiten/2007/11/9543.php>

Indymedia Artikel "Uniproteste in Griechenland eskalieren"  
[<http://de.indymedia.org/2007/03/170501.shtml>]

Fotos: [http://athens.indymedia.org/front.php3?lang=en&article\\_id=669278](http://athens.indymedia.org/front.php3?lang=en&article_id=669278)

Quelle: <http://de.indymedia.org/2007/03/170949.shtml>

-----

### [09.03.2007 Griechenland Zeitung](#) [Neues Hochschulrahmengesetz im Prinzip verabschiedet](#)

Griechenland / Athen. Mit 164 zu 117 Stimmen wurden gestern die Eckpunkte für das neue Rahmengesetz für die Hochschulbildung verabschiedet (Foto: Bildungsministerin Marietta Giannakou). Abwesend waren drei Abgeordnete der Regierungspartei ND, der PASOK-Vorsitzende Jorgos Papandreou, weitere acht Parlamentarier der PASOK sowie die Parlamentsfraktionen der kommunistischen KKE und der Linksallianz Synaspismos. Der Fraktionssprecher der PASOK, Miltiadis Papaioannou, warf der Regierung „Polarisation“ vor und kündigte den Abzug seiner Partei von der Debatte über die einzelnen Artikel des Gesetzes an. ND-Fraktionssprecher Vassilis Manginas beschuldigte die PASOK, dass sie sich verstecke, anstatt zu einer Lösung der Probleme beizutragen. Die KKE betonte, dass sie dafür kämpfe, dass das Hochschulrahmengesetz in der Praxis abgeschafft werde. Was im Parlament verabschiedet werde, sei nicht unbedingt akzeptabel für die Gesellschaft, so der KKE-Abgeordnete Angelos Tzekis.

-----

### [16.02.2007 Junge Welt](#) [Sozialdemokraten boykottieren Parlament](#)

Griechenland: Erster Erfolg der Bewegung zur Verteidigung des staatlichen Bildungsmonopols  
Von Heike Schrader, Athen

Der seit einem Jahr geführte Kampf für den Erhalt des staatlichen Bildungsmonopols an den Hochschulen in Griechenland geht weiter. Auch am Mittwoch und Donnerstag gingen wieder Tausende Lehrer und Schüler für eine kostenlose und qualitativ hochwertige Bildung in öffentlicher Hand auf die Straße. Durch die Besetzung von mehr als 300 Universitätsinstituten, wöchentliche Demonstrationen und Streiks des Lehrpersonals sollen sowohl die Einführung privater Hochschulen als auch eine Gesetzesvorlage, die Einschränkungen der Hochschulautonomie und die Abschaffung des Hochschulasyls vorsieht, verhindert werden. Unterstützt von Elternverbänden und Gewerkschaften fordern die Lehrenden und Lernenden statt dessen eine Aufstockung der Bildungsausgaben, um vor allem der chronischen Unterausstattung von Schulen und Hochschulen entgegenzuwirken. Diese können mancherorts nicht einmal ihre Stromrechnung begleichen.

Unterdessen kann die Bewegung voraussichtlich einen ersten wichtigen Erfolg verbuchen: Zumindest zeichnete sich in der Parlamentsdebatte am Mittwoch ab, daß die Regierung die für eine Änderung des Verfassungsartikels 16, der das Hochschulbildungsmonopol vorschreibt, erforderlichen 180 von 300 Stimmen nicht zusammenbringen wird. Zwar hatte sich die sozialdemokratische Opposition PASOK im Vorfeld noch gemeinsam mit der regierenden konservativen Nea Dimokratia dafür ausgesprochen, den Artikel 16 zu ändern. Doch nachdem dieses Vorhaben an der Parteibasis und besonders bei den PASOK-orientierten Studierendenverbänden auf starke Kritik gestoßen war, mußte die Partei einen Rückzieher machen. Ihr Vorsitzender Giorgos Papandreou erklärte, daß sich seine

Organisation vollständig aus der Diskussion um die Verfassungsänderung zurückzieht. Dementsprechend blieben am Mittwoch im Athener Parlament die Plätze der Sozialdemokraten leer.

Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE, zwölf Sitze) hat bereits erklärt, zwar an den Debatten, jedoch an keiner der Abstimmungen teilzunehmen. Die Linksallianz Synaspismos (sechs Sitze) erklärte am Mittwoch, gegen alle geplanten Änderungen zu stimmen.

---

01.12.2006 Junge Welt

»Wir sollen eigene Rechte beschneiden«

Griechische Regierung will Demonstrationen einschränken. Immer häufiger Polizeigewalt. Ein Gespräch mit Dimitris Kaltsonis

\* Dimitris Kaltsonis ist Sprecher des Demokratischen Bündnisses für Freiheiten und Solidarität und Lektor für Staatsrechtstheorie an der Athener Universität Panteion

Die griechische Regierung hat zum Dialog eingeladen. Seit Mitte dieser Woche berät sie mit Interessierten über eine Änderung des Demonstrationsrechtes. Was wird diskutiert? Dieser sogenannte Dialog ist eine Provokation. Die Regierung lädt die Vertreter der Massenbewegungen ein, um sich mit ihnen auf die Einschränkung der Meinungsfreiheit und des Demonstrationsrechts zu einigen. Wir sollen unsere eigenen Rechte beschneiden. Es geht zum Beispiel darum, daß kleinere Demonstrationen, bis 500 Personen, sich auf die Nutzung einer Fahrspur beschränken sollen. Demonstrationen sollen zudem generell angemeldet werden. Eine solche Verpflichtung gab es bisher in Griechenland nicht.

Begründet werden die geplanten Einschränkungen mit Verkehrschaos und Einnahmeverlusten der Ladeninhaber durch Demonstrationen. Ist da etwas dran? Es ist absurd, das tägliche Verkehrschaos in Athen Demonstranten anzulasten. Dafür sind im Grunde alle Regierungen nach 1945 verantwortlich, die ein wildes Wachsen der Stadt ohne jeden Bebauungsplan toleriert und den Individualverkehr gegenüber dem öffentlichen Nahverkehr begünstigt haben. Selbst ein ehemaliger Minister für öffentliche Ordnung der PASOK hat zugegeben, daß häufig die Polizei durch ihre unverhältnismäßig weitläufigen Absperrungen bei Protesten den Verkehr lahmlegt.

Daß während großer Demonstrationen weniger gekauft wird, mag sein. Aber das ist doch nicht das eigentliche Problem. Wenn der Einzelhandel geringere Umsätze erzielt, liegt das daran, daß die Menschen wegen der volksfeindlichen Politik der Regierung weniger Geld zur Verfügung haben. Die Ladenbesitzer sollten sich freuen, wenn beispielsweise die Gewerkschaften für mehr Lohn und besseren Lebensstandard auf die Straße gehen.

Die linken Parteien KKE und Synaspismos aber auch die sozialdemokratische PASOK nehmen am Dialog mit der Regierung nicht teil. Diskutiert die Regierung der Nea Dimokratia mit sich selbst? Zustimmung findet die Regierung wie nicht anders zu erwarten bei den Vertretern der rechtskonservativen Partei LAOS. Bemerkenswert ist allerdings die Ablehnung der ehemaligen Regierungspartei PASOK. Der Versuch, das Demonstrationsrecht einzuschränken, ist nicht neu. PASOK hatte bereits vor Jahren einen ganz ähnlichen Gesetzentwurf vorgelegt. Über ihn wurde aber aufgrund von Protesten nie abgestimmt.

Im Vorfeld großer Demonstrationen werden immer häufiger junge Leute festgenommen. Außerdem mischen sich Polizeibeamte in Zivil unter die Protestierenden. Sind das Einzelfälle? Im Gegenteil. Diese Polizeitaktik wird bei Großdemonstrationen häufig angewandt. Mit den Festnahmen im Vorfeld sollen Leute eingeschüchert und von der Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen abgehalten werden. Der häufige Einsatz von Tränengas und Schlagstöcken hat das gleiche Ziel. Auch der Einsatz von Undercover-Polizisten ist keine Seltenheit. In den Medien wird immer wieder über Beamte berichtet, die nicht nur in den Reihen der Demonstranten verdeckt ermitteln, sondern als Provokateure selbst Straftaten begehen. Leider wird diese Vorgehensweise politisch toleriert, wenn nicht sogar gefördert. Nur fünf Prozent der gegen Polizisten eingeleiteten Untersuchungsverfahren enden mit einer Strafe. Und diese reichte in der Regel von einer Rüge bis zu einem Bußgeld von 60 Euro.

Ihr Bündnis hat vor dem Staatsgerichtshof ein Verfahren angestrengt, um den Einsatz der für die Olympischen Spiele installierten Überwachungskameras zu stoppen. Was ist daraus geworden? Wir haben eine Reihe von Fakten zusammengetragen, die zeigen, daß die Kameras, entgegen dem Beschluß der Datenschutzbehörde nach wie vor zur Überwachung des öffentlichen Raumes und auch bei Kundgebungen eingesetzt werden. Es geht nicht um Verkehrsbeobachtung, wie die Polizei behauptet. Unter einem Vorwand wurde die für den heutigen Freitag angesetzte Gerichtsverhandlung zum wiederholten Male verschoben. Bis zu einer Entscheidung wird die Polizei fortfahren, die Kameras einzusetzen, wie sie will.

---

### [27.10.2006 Neues Deutschland](#) [Griechenland: Streik auf Sparflamme](#) [Lehrer halten Dauerausstand nicht länger durch](#)

Von Anke Stefan, Athen

Nach sechs Wochen Dauerstreik soll der Unterricht an den griechischen Grundstufen ab Montag wieder aufgenommen werden. Am Mittwoch gab es erneut Großdemonstrationen im Land.

Seit Wochen ist der griechische Bildungssektor Schauplatz des heftigsten sozialen Kampfes seit Jahren. Schüler halten fast 1000 Schulen des Landes besetzt und auch von den im Sommer über Monate hinweg besetzten Hochschulen werden die ersten Institutsbesetzungen nach der Sommerpause gemeldet. Wie schon in den vergangenen fünf Wochen demonstrierten auch an diesem Mittwoch Zehntausende in den Straßen Athens und Thessalonikis.

Lehrer, Schüler, Eltern, Studierende und Professoren – alle fordern mehr Geld für das Bildungswesen und eine staatliche, kostenfreie Bildung für alle. Geht es nach dem Willen der beiden großen Parteien im Parlament, soll dagegen »der Markt« verstärkt auch Aufgaben der Bildung übernehmen.

Die eigentlich ebenfalls für Mittwoch im Parlament angesetzte Diskussion über eine Änderung des Artikels 16 der Verfassung, der dem Staat das Bildungsmonopol zuschreibt, war in trauter Einstimmigkeit von regierender Nea Dimokratia und sozialdemokratischer PASOK angesichts der Massenproteste auf Anfang 2007 verschoben worden.

Sechs Wochen war an den meisten Schulen des Landes der Unterricht ganz oder teilweise ausgefallen. Dem am 18. September von den Grundstufenlehrern begonnenen Dauerstreik hatten sich schnell auch die Mittel- und Oberstufenlehrer mit drei bis vier Streiktagen pro Woche angeschlossen. In den letzten zwei Wochen jedoch war die anfänglich bei über 70 Prozent liegende Streikbeteiligung merklich zurückgegangen. Ohne Streikkassen können sich viele die Fortsetzung des zehrenden Dauerstreikes finanziell einfach nicht erlauben.

In den Vorstandsversammlungen der beiden Lehrgewerkschaften DOE und OLME beschloss man am Mittwochabend, den Gewerkschaften zu empfehlen, den Arbeitskampf mit zwei ganztägigen Streiks am 3. und 9. November fortzusetzen und ansonsten die Arbeit wieder aufzunehmen. Die endgültige Entscheidung wird am heutigen Freitag in der Versammlung der Regionalgewerkschaften getroffen.

Die Regierung ist den Forderungen der streikenden Lehrer nach 1400 Euro netto Mindestgehalt und einer Steigerung des Bildungshaushaltes auf 5 Prozent des Bruttosozialproduktes bisher nicht ein Jota nachgekommen. Auch ein Gespräch der Lehrgewerkschaften mit dem Ministerpräsidenten am Dienstag hatte den von vielen erhofften Kompromiss nicht näher gebracht. Kostas Karamanlis hatte nur Mantra-artig wiederholt, was den Lehrern schon seit Wochen aus dem Bildungsministerium entgegenschallt: »Die gegenwärtige Wirtschaftslage erlaubt keine Erhöhung der Bildungsausgaben.«

-----

### [23.06.2006 Telepolis](#) [Kostenlose Bildung für alle](#) [Heike Schrader](#)

Seit fast zwei Monaten befinden sich Professoren und Studierende in Griechenland im Dauerstreik. Sie protestieren gegen geplante Änderungen in der Hochschulgesetzgebung. Über Monate hatte die Regierung die Gesetzesvorlage unter Verschluss gehalten. Erst am Donnerstag standen die geplanten Veränderungen des Hochschulgesetzes in allen Zeitungen.

Gleichzeitig gingen am selben Donnerstag zum wiederholten Male Tausende von Studierenden auf die Strasse.

Angeblich soll das Gesetz die notwendige Bildungsreform (1) in Griechenland einleiten. Unter anderem wird dem "ewigen Studenten" den Kampf angesagt – bisher gab es keine zeitliche Begrenzung für ein Studium in Griechenland. Die nun vorgesehene Höchstgrenze der Studiendauer wird massenweise Abiturienten am Studieren hindern, befürchtet man nicht nur in Studierendenkreisen. Das Gesetz sieht einen Aufschlag von 50 Prozent auf die meist 4 Jahre betragende Regelstudienzeit vor. Betroffen davon wären natürlich in erster Linie Kinder aus Arbeiterfamilien, die sich ihr Studium selbst verdienen müssen. Eine dem deutschen BAföG gleichende staatliche Förderung für schwächer gestellte Studierende gibt es in Griechenland nicht.

Geht es nach dem Willen der Regierung, so wird in Zukunft auch die derzeit bereits sehr ausgehöhlte Lehrmittelfreiheit abgeschafft. Nur noch ein Skript pro Vorlesungsreihe wird dann noch kostenlos zu Verfügung stehen. Jeder Mehrbedarf an Literatur ist kostenpflichtig. Auch Mensen und Studierendenwohnheime sollen in Zukunft privaten Betreibern offen stehen. Professoren und Studierende fordern dagegen seit Jahren die Aufstockung der Mittel für die chronisch unterfinanzierten Universitäten. Dafür und gegen schon in der Vergangenheit geplante Einschränkungen der weitreichenden Hochschulautonomie (2) hatte es schon in früheren Jahren langanhaltende und massenhafte Proteste von Lehrenden und Lernenden gegeben.

#### Kampf ums Bildungsmonopol

Die derzeitigen Hochschulproteste aber sind die stärksten seit Jahren. Diesmal nämlich soll es der staatlichen Bildung insgesamt an den Kragen gehen. In Artikel 16 der griechischen Verfassung ist der Staat als alleiniger Verantwortlicher für eine kostenfreie und allgemeine Bildung festgeschrieben. Dieses staatliche Bildungsmonopol will eine große Koalition aus regierender konservativer Nea Dimokratia und "oppositioneller" sozialdemokratischer PASOK im Zuge der im Herbst geplanten Verfassungsänderung kippen. Im Einklang mit der im Lisabon Prozess (3) geplanten EU-weiten "Bildungsreform" sollen auch in Griechenland private Hochschulen (4) zugelassen und ihre Abschlüsse den staatlichen gleichgestellt werden.

Während die Befürworter EU-weit von einer an die Erfordernisse des Marktes angepasste Ausbildung sprechen, fürchten die Gegner ein Absinken der Qualifikation. Anstelle eines allgemeingültigen Abschlusses mit vergleichbarem Diplom träten dann angesammelte Zeugnisse über belegte Kurse und Lehrgänge (5). Jedem Unternehmen stünde es frei, sich durch Einmischung in die Lehre maßgeschneiderte Arbeitskräfte, anders ausgedrückt "Fachidioten", zu erziehen.

Auch wäre ein Studium an einer privaten Hochschule natürlich mit nicht unerheblichen Kosten verbunden. Und während ihre Kommilitonen in Deutschland derzeit mit ungewohnt nachhaltigen Protesten gegen die Einführung von Studiengebühren (6) an den staatlichen Hochschulen kämpfen, geht es den griechischen Studierenden um die Vermeidung von kostenpflichtiger Bildung überhaupt.

#### Stärkste Streiks seit Jahren

Wie auch in anderen Ländern Europas sorgte die geplante Einführung privater Hochschulen in Verbindung mit der Änderung des Hochschulrechtes schon vor geraumer Zeit für den Beginn eines allgemeinen Aufstands. In Griechenland traten nach mehreren ein- und zweitägigen Warnstreiks die Professoren fast aller Hochschulen des Landes Ende Mai in den Dauerstreik. Gleichzeitig tagte überall die Generalversammlung der Studierenden, das höchste beschlussfassende Gremium der Studentenvertretung (7), um Mittel und Wege des Studierendenprotestes zu beschließen.

Das erst von einzelnen Fachbereichen und Hochschulen beschlossene Mittel der Universitätsbesetzung bereitete sich innerhalb kurzer Zeit wie ein Lauffeuer aus. Hielten die Studierenden in der ersten Woche noch unter hundert Institute besetzt (8), so ist diese Zahl mittlerweile auf über 400 angestiegen. Um den Überblick zu behalten, ist man in Studierendenkreisen dazu übergegangen, lieber über die wenigen Dutzend nicht-besetzten Institute Buch zu führen.

Von den Streiks und den Besetzungen der Hochschulen sind auch die Abschlussprüfungen betroffen. Genau wie in Deutschland gibt es in Griechenland zu Beginn eines Semesters Wiederholungsprüfungen als zweite Chance für die bei den Prüfungen am Ende des letzten

Semesters Durchgefallenen. Da die Abschlussprüfungen jetzt ausfallen, wird man wahrscheinlich zu Beginn des Wintersemesters eine doppelte Prüfungsperiode einlegen. Die Studierenden werden also trotz jetzt ausgefallener Prüfungen im September eine normale und bei Bedarf eine Wiederholungsprüfung ablegen können. Dieses Verfahren hat sich für Streikende und sonstige Studierende schon in vergangenen Jahren, in denen Prüfungen durch Streiks ausfielen, bewährt. Wohl genau aus diesem Grunde sieht das Gesetz ein Verbot der doppelten Prüfungsperiode vor. Der Preis für die Verteidigung von Bildungsrechten soll in die Höhe getrieben, "brave" Studierende in Zukunft gegen streikende "Chaoten und Faulenzer" aufgebracht werden.

Zwei geltende Regelungen sind bei den derzeitigen wie schon bei früheren gesellschaftlichen Auseinandersetzungen von unschätzbarem Wert. Einmal haben Professoren in Griechenland – anders als ihre deutschen Kollegen – ein Streikrecht. Zum anderen und das ist vielleicht noch wichtiger, gilt hier ein absolutes Hochschulasyll. Nur auf einstimmigen Beschluss eines dreiköpfigen Gremiums, in dem neben einem Hochschullehrer und dem Leiter der Hochschule auch ein Studierender vertreten ist, kann die Polizei auf das Hochschulgelände gerufen werden. Eine Räumung besetzter Institute (9), wie wir sie derzeit überall in Deutschland erleben, ist damit ausgeschlossen.

Gegen die ebenfalls in der Gesetzesvorlage vorgesehene Aufweichung des Hochschulasylls laufen nicht nur die Studierenden Sturm. Ausgerechnet der Rektor einer Hochschule, aus der heraus sich immer wieder Anarchisten mit Polizisten stundenlange Schlachten mit Molotow-Brandsätzen, Steinen und Tränengas liefern, verteidigt das Hochschulasyll als unabdingbar für studentischen Widerstand. Andreas Andreopoulos, Leiter der berühmten Athener Universität Polytechnion (10) wandte sich öffentlich scharf gegen Pläne, in Zukunft den Einfluss der Studierenden durch die Einführung von Mehrheitsbeschlüssen auszuhebeln. Die Polytechnion Universität wurde am 17. November 1973 während der griechischen Militärjunta (1967-1974) Schauplatz eines blutigen Massakers, als die Panzer der Diktatur einen Aufstand von Studierenden niederwalzten.

#### Vielfältige Aktionen des Widerstandes

Aus den besetzten Hochschulen heraus werden zahlreiche Veranstaltungen und Protestaktionen organisiert. Vor den Hochschulen verteilen fast täglich Gruppen von Studierenden Flugblätter an Passanten. Beliebtes Mittel, seine Forderungen und Ansichten weiter zu verbreiten, ist auch die kurzzeitige Blockade von Straßen. Dabei werden in aller Schnelle Plakate und Spruchbänder an die zum Halten gezwungenen Busse geklebt, die dann die Parolen des Hochschulstreikes (11) durch die Stadt spazieren fahren.

Seit Mitte Mai finden jeden Donnerstag Demonstrationen von Studierenden statt. Und zwar abwechselnd dezentral in verschiedenen Städten Griechenlands und zentral als griechenlandweite Demonstration in der Hauptstadt. Dabei geht die Polizei mit ungewohnter Härte gegen die Demonstrierenden vor. So schossen die Beamten der Sondereinheiten bei einer Demonstration am 8. Juni ohne erkennbaren Grund mit Tränengasgranaten in die völlig unvorbereitete Menge vor dem griechischen Bildungsministerium. Bei den Angriffen der Polizei (12) wurden auch zwei Kameraleute verletzt, die sich schützend vor Demonstrierende stellten. In den darauffolgenden Auseinandersetzungen wurden zahlreiche Demonstranten verletzt. Auch bei anderen Demonstrationen kam es zu Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht. Während die Polizei vorwiegend Tränengas einsetzte, flogen im Gegenzug Steine und Molotow-Cocktails gegen die Beamten. Fensterscheiben von Banken und Geschäften gingen zu Bruch, mehrere Autos in Flammen auf.

Weil die Aggression (13) bei den bisherigen Auseinandersetzungen oft unverkennbar von der Staatsmacht ausging und Tränengas und Polizeiknüppel wahllos auf die Menge niedergingen, haben die Studierenden die öffentliche Meinung auf ihrer Seite. "Sonderpolizei und Gewalt sind keine Bildungsmethoden", lautet die auch von bürgerlichen Fernsehsendern aufgegriffene Parole der Demonstranten. Bei der Demonstration am vergangenen Donnerstag hielt sich die Polizei dann auch zurück.

Verbündete suchen die Studierenden vor allem bei den griechischen Werktätigen. Die Gewerkschaften jedoch sind zurückhaltend. Zwar haben die beiden Gewerkschaftsdachverbände in der privaten Wirtschaft, GSEE, und im öffentlichen Dienst, ADEDY, die Studierenden ihrer vollen Solidarität versichert. Auf den Druck der Studierenden, die eine Beteiligung der Gewerkschaften an den Demonstrationen (14) fordern, konnte sich die GSEE aber gerade einmal zum Aufruf einer dreistündigen Arbeitsniederlegung für den vergangenen Donnerstag aufrufen. Auch die Mitglieder der

ADEDY, die immerhin einen 24stündigen Streik ausgerufen hatte, konnte man unter den in die Tausende zählenden Demonstrationsteilnehmer am Donnerstag an einer Hand abzählen. Nur die kommunistisch orientierte Gewerkschaftsfront PAME war nicht nur in dieser, sondern auch schon in vorangegangenen Demonstrationen mit einem starken Block vertreten.

Aussichten auf einen heißen Herbst

Voraussichtlich einmal noch wird es im Juni eine Großdemonstration der Studierenden geben. Am 27. und 28. Juni tagt in Athen der Rat der Bildungsminister der OECD (15)-Staaten. An diesen Tagen werden die Streikenden sicherlich ein letztes Mal lautstark ihre Forderung nach allgemeiner und kostenfreier staatlicher Bildung für alle vertreten. Danach sind Semesterferien und die Hauptstadt versinkt in die übliche Sommersiesta.

Das Schicksal des Gesetzes dagegen wird sich im Herbst entscheiden. Die Regierung muss sich gut überlegen, ob sie die im Oktober anstehenden Kommunalwahlen unter dem Schatten erneut aufflammender massiver Proteste aus der Bevölkerung abhalten will.

Links

- (1) <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/7/7149/1.html>
- (2) <http://www.asta.rwth-aachen.de/article/1257/en/>
- (3) <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/22/22236/1.html>
- (4) <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/21/21528/1.html>
- (5) <http://www.microsoft.com/learning/mcp/officespecialist/default.asp>
- (6) <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/22/22727/1.html>
- (7) <http://de.wikipedia.org/wiki/Studentenvertretung>
- (8) <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/22/22154/1.html>
- (9) <http://www.jungewelt.de/2006/05-09/003.php>
- (10) [http://en.wikipedia.org/wiki/Athens\\_Polytechnic\\_uprising](http://en.wikipedia.org/wiki/Athens_Polytechnic_uprising)
- (11) <http://www.jungewelt.de/2006/06-20/001.php>
- (12) <http://www.netzeitung.de/ausland/402876.html>
- (13) <http://www.jungewelt.de/2006/06-23/027.php>
- (14) <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/22/22816/1.html>
- (15) [http://www.oecd.org/document/6/0,2340,en\\_33873108\\_33873421\\_36897734\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/document/6/0,2340,en_33873108_33873421_36897734_1_1_1_1,00.html)

Telepolis Artikel-URL: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/22/22957/1.html>

-----

[Juni 2006 Neues Deutschland](#)

[Landesweiter Streik für den Erhalt des staatlichen Bildungsmonopols](#)

[Bei den derzeitigen Hochschulprotesten in Griechenland arbeiten Lernende und Lehrende Hand in Hand.](#)

[Von Anke Stefan, Athen](#)

Beinahe täglich werden in den griechischen Medien derzeit Zusammenstöße zwischen Polizei und Studierenden gemeldet. Bei den größten Studierendenprotesten der letzten Jahre geht die Polizei mit ungewöhnlicher Brutalität vor. Mit massivem Einsatz von Tränengas und ohne ersichtlichen Grund griffen Beamte der Sondereinheiten letzte Woche mehrmals vor dem Bildungsministerium in Athen demonstrierende Studierende an. Bei gleichzeitigen Studierendenprotesten in der auf Kreta gelegenen Stadt Chania wurden mehrere Demonstranten von der Polizei verletzt und mussten im Krankenhaus behandelt werden.

Entsprechend aufgeladen war letzten Donnerstag die Stimmung auf der Generalversammlung der Universitätsbesetzer in Athen. „Wir werden uns nicht unterkriegen lassen, wenn nötig stehen wir jeden Tag wieder vor dem Ministerium“ fasste ein Sprecher die Meinung der Anwesenden zusammen. Streiks und Universitätsbesetzungen gehören seit Jahren zum griechischen Alltag. Immer wieder protestieren Lehrende und Lernende gegen die chronische Unterfinanzierung der staatlichen Bildungseinrichtungen und geplante Beschneidungen der universitären Selbstbestimmung. Dieses Jahr aber soll es der staatlichen Bildung allgemein an den Kragen gehen. Im Zuge einer für den Sommer angesetzten Verfassungsänderung plant eine große Koalition aus regierender Nea

Dimokratia und oppositioneller PASOK gegen die Stimmen der beiden linken Parlamentsparteien die Abschaffung des staatlichen Bildungsmonopols.

Doch auch der Widerstand dagegen stützt sich auf eine große Koalition. Was Mitte Mai mit sporadischen Besetzungen einiger Hochschulen begann ist inzwischen zu einer landesweiten Front bestreikter Hochschulen gewachsen. Lernende und Lehrende arbeiten dabei Hand in Hand.

Mit Megafon statt Mikrofon ausgestattet berichteten Abgesandte aller besetzten Hochschulen der Landeshauptstadt von ihren Plänen und Erfahrungen. Dass dabei wie ein Mantra immer wieder die Kampfbereitschaft gegen die geplante Einführung privater Hochschulen betont wird, findet Athina Mastoroudimou von der Panteion Uni völlig in Ordnung. „Es ist gar nicht so selbstverständlich, dass alle Studierendenvertretungen in dieser Frage an einem Strang ziehen.“

Bis auf die studentischen Anhänger der Nea Dimokratia sind bei den diesjährigen Protesten alle dabei, wenn auch mit unterschiedlichem Einsatz. Die Hauptkraft bei den Universitätsbesetzungen stellen Mitglieder der von außerparlamentarischen K-Gruppen dominierten Studierendenfraktion EAAK. Aber auch die Studierendenvertretung der PASOK hält verschiedene Institute besetzt. Im Gegensatz zu ihrer Mutterpartei will die PASP am staatlichen Bildungsmonopol festhalten.

Die Studierendenfraktion der Kommunistischen Partei hat zwar die gleichen Forderungen, beteiligt sich aber derzeit nicht an den Universitätsbesetzungen, sondern setzt auf eine Koalition mit der Arbeiterklasse. Ihre Protestaktionen veranstaltet die PKS gemeinsam mit der kommunistisch orientierten Gewerkschaftsfront PAME.

Die Rahmenbedingungen für Universitätsproteste sind in Griechenland bedeutend günstiger als im derzeit ebenfalls von Studierendenprotesten gezeichneten Deutschland. Die mit dem Streikrecht ausgestatteten griechischen Professoren der meisten Universitäten des Landes haben seit Beginn des Monats einen Dauerstreik ausgerufen. Gleichzeitig halten Studierende mehr als dreihundert Institute an über 200 universitären Einrichtungen des Landes besetzt. Während ihre Kommilitonen in Deutschland bei gleichartigen Aktionen regelmäßig von der Polizei geräumt werden, gilt in Griechenland ein Universitätsasyl, das die Zustimmung der Studierenden für ein Eindringen der Polizei erfordern würde.

„Natürlich sperren wir auch schon mal die Tore zur Uni mit Ketten und Vorhängeschlössern ab“, meint Vasso, die an der Panteion Universität gemeinsam mit einigen Dutzend Studierenden Nachtwache schiebt. Solche Sicherheitsmaßnahmen gelten aber weniger der Staatsmacht als vielmehr den mit den Protesten nicht einverstanden studentischen Anhängern der Regierungspartei.

Dass auch das Hochschulasyll im Zuge der geplanten Gesetzesänderung eingeschränkt werden soll, ist für die Mehrheit der Studierenden das Schlimmste, was ihnen passieren könnte.

„Sondereinsatzkommandos und Gewalt sind keine Bildungsmethoden“ hatten die Protestierenden den bis an die Zähne bewaffneten Polizeibeamten vor dem Bildungsministerium entgegengeschleudert. Noch kurz bevor diese mit Tränengas angriffen...

-----